

## **Forderungen zum Haushaltsentwurf 2025/26 – Umwelt- und Naturschutz in Brandenburg stärken**

Sehr geehrte Abgeordnete,

vor dem Hintergrund der erklärten Klimaziele des Landes Brandenburg und des Bekenntnisses zum Klimaplan im Koalitionsvertrag, möchten wir auf zentrale Lücken im Entwurf des Haushaltsplans 2025/26 hinweisen. Der Landnutzungssektor – Landwirtschaft, Forst- und Waldwirtschaft und Moorschutz – spielt eine Schlüsselrolle für die Erreichung dieser Ziele. Umso bedenklicher sind die vorgesehenen Kürzungen in genau diesen Bereichen. Auch in der Mobilität steht Brandenburg vor einem entscheidenden Wendepunkt: Wenn die Verkehrswende gelingen soll, muss sie jetzt entschlossen angeschoben werden. Stattdessen fehlen bereits heute Mittel für den ÖPNV und Radverkehr – mit spürbaren Auswirkungen vor Ort.

Wir bitten Sie eindringlich, die folgenden Punkte in ihrer entscheidenden Rolle als Haushaltsgesetzgeber im weiteren Haushaltsverfahren zu berücksichtigen. Als Deckungsgrundlage bieten sich grundsätzlich Rücklagen aus dem Einzelplan 20 an, die bei Haushaltsverfahren in einem gewissen Umfang zur Verfügung stehen.

### **Betreffend EP 10 – Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz**

#### **1. Arbeit der Umweltverbände absichern**

- Im Haushalt 2025 ist eine Kürzung der Verbändeförderung um 220.000 € vorgesehen, 2026 weitere 100.000 € – trotz wachsender Aufgaben. Das entspricht knapp 1/4 der bisherigen Förderung in 2025 und mehr als 1/3 in 2026.
  - Die im letzten Haushalt erfolgte Aufstockung war notwendig, um gestiegene Anforderungen in Beteiligungsverfahren und rechtliche Begleitung z. B. beim EE-Ausbau und Inflation auszugleichen.
  - Die anerkannten Umweltverbände übernehmen zentrale zivilgesellschaftliche Aufgaben: Umweltbildung, Jugendförderung, Beteiligung in Planungsprozessen und demokratische Teilhabe – insbesondere im ländlichen Raum.
  - Ohne verlässliche Förderung sind Stellen gefährdet, v. a. bei kleineren Trägern wie dem Förderverein Haus der Natur, die kaum Drittmittel einwerben können. Dabei stellt das Haus der Natur und der Förderverein einen wichtigen Raum für Dialog und Kompromissfindung mit der Politik und anderen Interessensgruppen.
  - FÖJ- und ÖBFD-Stellen sowie Projekte wie die „flotte Brandenburg“ drohen wegzufallen.
  - Die Arbeit der Umweltverbände ist Voraussetzung für ein handlungsfähiges Klimabündnis – ein zentrales Element des Klimaplanes.
-

## **2. Naturschutz in der Fläche sicherstellen: Natura 2000 & Naturwacht**

- Besucherinformationszentren in Großschutzgebieten sollen jährlich um 75.000 € gekürzt werden – dabei handelt es sich um eine Pflichtaufgabe des Landes.
  - 15 Natura-2000-Stellen sind nicht mehr abgesichert – obwohl sie für die Einhaltung von EU-Recht und die Abwendung möglicher Vertragsverletzungen unabdingbar sind.
  - Die Naturwacht sieht sich durch steigende Tarife zur Stundenreduzierung und damit auch einen Abbau der Angebote gezwungen, obwohl durch die Rangerinnen und Ranger wichtige Vermittlungsarbeit in der Fläche passiert.
- 

## **3. Personelle Ausstattung des MLEUV stabilisieren**

- Erstmals erfolgt eine echte Stellenreduzierung im MLEUV – Nachwuchsstellen sinken von 125 auf 107.
  - Dabei stehen altersbedingt zahlreiche Führungswechsel bevor – Wissenstransfer und Funktionsfähigkeit des Hauses sind so gefährdet.
  - Im LfU laufen Kontroll- und Genehmigungsverfahren Gefahr unterbesetzt zu werden – mit Folgen für Beteiligung, schnelle Verfahren und Mittelabfluss.
- 

## **4. Landesforst stärken statt unter finanziellen Druck setzen**

- Der Landesforst soll 5 Mio. € Überschuss an das Land abführen und sich selbst tragen – das steht im Widerspruch zu seiner Vorbildfunktion im klimaangepassten Waldbau.
  - Angesichts des schlechten Waldzustands (siehe Waldzustandsbericht) braucht es Investitionen statt weiterer Belastungen.
  - Illegale Müllablagerung verursacht jährlich Millionenkosten – hier sind Prävention und Strafverfolgung gefragt u. a. im Justizbereich, um Kosten beim Landesforst einzusparen.
- 

## **5. Finanzierung von Wasser-Rückhalt und -Management verdoppeln**

- Wassernutzungsentgelte und Abwasserabgaben sinken – gleichzeitig betont der Koalitionsvertrag die Relevanz des Themas Wasser.
- Mögliche Einnahmequellen werden nicht ausgeschöpft: etwa aus der Sumpfungswasser-Nutzung im Braunkohlebergbau (bis zu 20 Mio. €).
- Wassernutzungsentgelte für Industrie und Landwirtschaft sollten gezielt angepasst werden, um Anreize für sparsamen Umgang und Rückhalt zu setzen.
- Im Bundesländervergleich ist auch die Trinkwasserentnahme in Brandenburg kostengünstiger. Auch hier könnten moderate Anpassungen im sozial verträglichen Maße angedacht werden.

Forderungen zum Entwurf des Haushaltsplan 2025/2026

**Positiv:** 13–14 Mio. € Landesmittel für Wasser; 4 Mio. für Starkregenschutz sowie 20 Mio. für Kommunen.

---

## **6. Ko-Finanzierung sichern – Fördergelder nicht verspielen**

- Trotz Ankündigung des Bundes zur Aufstockung bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sind im Haushalt Kürzungen vorgesehen.
  - Brandenburg riskiert Fördermittel zu verlieren, die v. a. dem Waldumbau und der Landwirtschaft zugutekommen.
  - Die im Haushalt veranschlagte Summe entspricht dem absoluten Minimum – hier besteht Nachbesserungsbedarf. Bei Mitteln für den ländlichen Raum bekennt sich die Koalition explizit zur Kofinanzierung.
- 

## **7. Tierschutz nicht schwächen**

- Trotz gestiegener gesellschaftlicher Erwartungen an den Tierschutz wurden Mittel gekürzt – ein deutlicher Rückschritt.
  - Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Landwirtschaft ersetzt keine flächendeckende Förderung des Tierschutzes.
- 

## **8. Waldbauernschule erhalten**

- Brandenburg zählt rund 90.000 Waldbesitzer\*innen, überwiegend mit kleinen Flächen auf denen der Waldumbau auch vorangetrieben werden muss.
  - Die Waldbauernschule leistet wertvolle Unterstützungsarbeit und darf nicht weiter gekürzt werden – im Gegenteil: sie sollte gestärkt werden.
- 

## **Betreffend EP 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

### **Mobilitätswende konsequent vorantreiben – Umweltverbund stärken**

- Der aktuelle Haushaltsentwurf des MIL lässt zentrale Elemente der Mobilitätswende außer Acht. Dabei bleiben nur noch fünf Jahre, um das Ziel zu erreichen, den Anteil des Umweltverbunds (ÖPNV, Rad, Fuß) an den Wegen von derzeit 49 % auf 60 % zu steigern. Seit 2008 stagniert der Anteil des Autoverkehrs – eine echte Trendumkehr ist nur mit gezielten Investitionen in den Umweltverbund möglich.
- Statt eines Aufbruchs erleben wir derzeit Rückschritte: Bereits jetzt fehlen vielerorts Mittel, um bestehende Angebote im öffentlichen Verkehr aufrechtzuerhalten. In der Landeshauptstadt Potsdam und mehreren Landkreisen wird das ÖPNV-Angebot aufgrund fehlender Finanzierung bereits reduziert.

## Forderungen zum Entwurf des Haushaltsplan 2025/2026

- Auch für den Radverkehr stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung – dabei ist der Ausbau der Radinfrastruktur ein zentraler Hebel für eine nachhaltige Mobilitätswende, gerade im ländlichen Raum.

Ohne eine gesicherte Finanzierung jetzt wird Brandenburg seine eigenen Mobilitäts- und Klimaziele verfehlen. Hier bedarf es einer klaren Prioritätensetzung.

---

### Fazit:

Der Haushaltsentwurf 2025/26 greift zentrale Herausforderungen unserer Zeit – Klima, Umwelt, Wasser, biologische Vielfalt und nachhaltige Mobilität – nicht ausreichend auf. Kürzungen im Umweltbereich und das Ausbremsen der Verkehrswende stehen im Widerspruch zu den Zielen des Koalitionsvertrags und gefährden gewachsene Strukturen, wichtige Transformationsprozesse und das zivilgesellschaftliche Engagement.

Besonders alarmierend ist: Gerade jetzt braucht es Investitionen statt einer chronischen Unterfinanzierung – in den Umweltverbund, in klimastabile Wälder, in Beteiligung und Beteiligungsräume, in Wasserinfrastruktur, Personal und Bildung. Nur so erhalten wir wichtige Grundlagen für das Wirtschaften und Leben in Brandenburg.

Nicht zuletzt angesichts der international renommierten Klimaforschungseinrichtungen in Potsdam und der Einsetzung des wissenschaftlichen Klimabeirats des Landes erwarten wir, dass wissenschaftliche Erkenntnisse auch finanzpolitisch ernst genommen und umgesetzt werden.

Wir fordern Sie daher auf: Schließen Sie die bestehenden Lücken kurzfristig durch Rücklagenentnahme aus EPL 20 und arbeiten Sie an einer langfristigen strukturellen Lösung zur Stärkung des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und der zugehörigen Institutionen. Nur so kann Brandenburg seiner Verantwortung gerecht werden – für Klima, Natur, Mobilität und kommende Generationen.

